

Mit Tibet gegen China

und wie die FreundInnen des Dalai Lamas dabei mithelfen

Jimmy Boyle Berlin Der Dalai Lama ist für die interessierte Öffentlichkeit der Gütigste unter den religiösen Oberhäuptern und eine Ausnahmeerscheinung unter den VolksvertreterInnen. Gängige Meinung ist auch, dass China die TibeterInnen unterdrückt und dringend dazu gebracht werden muss, sein Militär aus der gebeutelten Region abzuziehen. China sollte vom Rest der Welt deutlich gemacht werden, dass es mit seiner brutalen Machtpolitik nicht weiterkommt – Gott sei Dank bieten dafür die Olympischen Spiele eine gute Gelegenheit.

Uns stellt sich die Sache anders dar. Keine Sorge, wir haben nicht vor, dem Treiben von (chinesischen) SoldatInnen höhere Weihen zu verleihen. Ganz im Gegenteil: Wir haben ein echtes Problem damit, wenn Leute zu irgendetwas gezwungen werden. Und das kommt in Tibet dauernd vor: Leute müssen sich anderen Leuten dienstbar machen. Diebstahl wird bestraft – ganz unabhängig von den Bedürfnissen. Aber das hat nicht erst die chinesische Herrschaft eingeführt. TibeterInnen sind damit lauter Zwängen ausgesetzt, die in Chile, in Deutschland und im Rest der Welt nicht viel anders aussehen.

Was in Tibet aber dazukommt, sind ein paar besondere Zumutungen: Die Menschen werden benachteiligt, wenn sie nicht gut hochchinesisch sprechen, sie dürfen weder Bilder des Dalai Lamas noch Gebetswimpel aufhängen, sich nicht allzu offenkundig politisch äußern und vieles andere auch nicht.

Tibet-UnterstützerInnen kritisieren allerdings nur selten die konkreten schlechten Bedingungen, unter denen die meisten TibeterInnen nach, aber auch vor der chinesischen Invasion in Tibet zu leiden hatten und haben. Das einzige, was ihnen einfällt, sind alle Beschränkungen in Bezug auf das Tibetisch-Sein. Das finden wir falsch und widerlich obendrein.

Für diese KritikerInnen der Unterdrückung der TibeterInnen als TibeterInnen sind die einzelnen Menschen weniger bis gar nicht von Interesse. Genauso wenig wie all das, was sie von einem besseren Leben abhält. Das gipfelt im Vorwurf des „kulturellen Völkermordes“, der sich gegen die chinesischen MachthaberInnen richtet. Völkermord bezeichnet den Mord an Menschen, die alle einem „Volk“ angehören. Dabei gerät der Massenmord in den Hintergrund – nahe gelegt ist, dass es weniger um die Opfer geht als um ihre Volkszugehörigkeit.[1] Der „kulturelle Völkermord“ dagegen basiert nicht einmal mehr auf einer realen Tötung. Er bezieht sich nur darauf, dass das innere Band einer bestimmten Gruppe, also „eines Volkes“ zerrissen werde und dass das verwerflich sei. Der kulturelle Völkermord suggeriert, dass das gewaltsame Ende einer Kultur ebenso schlimm sei wie der Mord an (vielen) Menschen.

Und zum konkreten Vorwurf des kulturellen Völkermordes in Tibet sei festgehalten, dass China sich zwar ordentlich bemüht hat, der „tibetisch-buddhistischen Kultur“ zu schaden (mehr dazu unten). Aber es entspricht schlicht nicht den Fakten, dass wirklich eine Kultur ausstirbt.

Was von chinesischer Seite tatsächlich gegen die Menschen in Tibet an Zwängen durchgesetzt wurde und warum das geschah, soll der Blick auf die Interessen der Beteiligten klären.

Tibets neuere Geschichte

In Tibet herrscht seit dem 17. Jahrhundert der Dalai Lama in seiner jeweiligen „Inkarnation“ – religiös und politisch, mal anderen Staaten Untertan, aber doch meistens als Chefverwalter des Gebiets. Nach dem Tod eines Dalai Lamas wird sein Nachfolger – angeblich seine Wiedergeburt – nach einem uralten Ritual bestimmt. Dieser übernimmt dann nach einer harten Schule im Kloster die Ge-

schicke des Landes. Diese Herrschaft führte bis 1950 zu großer Armut der Mehrzahl der TibeterInnen. Außerhalb der Klöster konnten nur wenige lesen, und die Gesundheitsversorgung war schlecht. Es gab sogar einige SklavInnen. Weit über die Hälfte der Bevölkerung waren Bauern und Bäuerinnen und mussten de facto als Leibeigene das Land der Kirche oder des Adels bestellen, tibetischer Grund und Boden gehörte fast nur diesen beiden Gruppen.[2]

1949 hatten in China die KommunistInnen unter Mao Zedong die bürgerlich-nationalistischen Kräfte (die Kuomintang) endgültig geschlagen und riefen die Volksrepublik China aus. Die Unterlegenen flohen auf die Insel Taiwan – und nach Tibet. Während die Kuomintang auf Taiwan die „Republik China“ gründete, marschierte die chinesische Armee 1950-51 in Tibet ein, um dort die Entstehung eines Rückzugs- und Organisationsortes des Kuomintang zu verhindern und vor allem um das eigene Territorium zu erweitern. Der Dalai Lama[3] stimmte nach der militärischen Niederlage dem sogenannten „17-Punkte-Plan“ zu, in dem sich China die volle tibetische Unterstützung für Einmarsch sowie Stationierung seiner Truppen einholte und dem Dalai Lama wiederum versprach, nicht an den politischen und religiösen Verhältnissen in Tibet zu rühren. Im östlichen Tibet (welches territorial nicht unter das Abkommen fiel) begann Beijing durchaus, bestehende Verhältnisse zu ändern und führte Landreformen durch. Die chinesische Regierung nahm Adel und Klerus ihre Ländereien und teilte sie den vormaligen Leibeigenen zu. Das stieß auf wenig Gegenliebe bei der ehemals besitzenden Klasse. Vor allem die Klöster organisierten den Protest, nicht wenige Mönche flohen nach Westen in Richtung Lhasa.

In ganz China versuchte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) zur gleichen Zeit mit dem „Großen Sprung nach vorn“, ökonomisch und politisch vor allem

die Sowjetunion, aber auch den kapitalistischen Westen einzuholen. Man erhoffte sich, die führende Kraft der sozialistischen Länder zu werden. Um dieses Vorhaben als stark ländlich geprägtes Land zu bewältigen, wurden Bauern und Bäuerinnen in ganz China als ArbeiterInnen in die Stahlproduktion abgezogen. Sie fehlten in der Landwirtschaft, und so kam es zu einer großen Hungerkatastrophe mit Millionen von Toten. Nach dem Scheitern des Projekts versuchte man in Tibet die neue Schwäche Maos zu nutzen – und probte 1959 den Aufstand. Der scheiterte, der 14. (heutige) Dalai Lama floh auf Geheiß seines Staatsorakels ins indische Exil[4] und kündigte den 17-Punkte-Plan auf. China dehnte nun die Landreform auch auf das restliche Tibet aus. Die wichtigste tibetische Machtstruktur, die Klöster, waren durch den Verlust eines großen Teils ihrer Ländereien nicht nur ökonomisch geschwächt. Durch die neu eingeführte (zumindest formale) Trennung von Politik und Kirche und die fortan eingeschränkte Finanzierung durch die regionale Regierung verloren sie auch einen Teil ihrer Machtbasis. Der Panchen Lama stand fortan politisch an der Spitze im Autonomem Gebiet Tibet[5] (er ist der zweite Mann in der tibetisch-buddhistischen Hierarchie – soviel zur formalen Säkularisierung) und hatte seine Entscheidungen eng an die Vorgaben aus Beijing anzupassen.

Somit war das Gebiet und seine EinwohnerInnen unterworfen, und das sollte China vorerst weitgehend reichen. Es schien klar, dass der Landstrich und seine BewohnerInnen keinen Beitrag leisten können würden, um die chinesische Nation voranzubringen – dem Ziel, dem alles andere untergeordnet war.

Mit dem Fehlschlag des großen Sprunges nach vorne wurde Mao de facto entmachtet. Die Gruppe um Mao versuchte mit der Kulturrevolution (1966-76) die Partei wieder auf ihren Kurs zu bringen und die internen KritikerInnen auszuschalten. Die Kampagne forderte auch in Tibet Opfer: Viele Mönche wurden umgebracht und fast alle Klöster zerstört. Alles Religiöse wurde als Hindernis betrachtet. (Was es durchaus für eine Befreiung von Unterdrückung ist, nur war jene nicht das Ziel.)

Erst als Mao Zedong verstarb und 1979 Deng Xiaoping die Staatsführung über-

nahm, wurde Tibet stärker Ziel der chinesischen Aufmerksamkeit. Der neue Regierungschef ließ die Strategie, die chinesische Nation mittels Sozialismus nach vorn zu bringen, fallen und setzte stattdessen auf einen staatlich (stärker als im Westen üblich) gelenkten, kontrollierten und verwalteten Kapitalismus. Der machte dann auch nicht vor dem Autonomen Gebiet Tibet halt und hielt Einzug in Form von Förderung von Bodenschätzen und buddhistisch-tibetischer Kultur, um TouristInnen anzuziehen. Darin sah Beijing eine der wenigen Möglichkeiten, die Region wenigstens für irgendetwas Kapitalträchtiges nutzbar zu machen. Seit der Öffnung Tibets für den Massentourismus Anfang der achtziger Jahre ist dieser Wirtschaftszweig einer der wichtigsten neben der Landwirtschaft und dem Ressourcenabbau. Ebenfalls von Nutzen für das Wirtschaftswachstum waren die Alphabetisierungskampagne und die eingerichteten Krankenhäuser, zu denen nun alle Zugang hatten[6].

(Das Interesse Chinas an Tibet ging soweit, dass China sich ganz neue Sorgen zu machen begann. Der Lehrer des Dalai Lamas, der Panchen Lama, wurde nach dem Tod seines Vorgängers, also seiner letzten „Reinkarnation“, 1995 neu eingesetzt: Nachdem die angebliche Wiedergeburt des spirituellen Superman in einer Person gefunden wurde, der China misstraute, ließ Beijing den 6-jährigen Panchen Lama mitsamt seiner Familie entführen – und ernannte kurzerhand einen anderen Tibeter zur „wirklichen Wiedergeburt“. Zu so viel jenseitiger Weisheit kann es kommen, wenn der Aberglaube der Unterworfenen stört und man doch meint, mit seiner Indienstnahme weiter zu kommen als mit einer Aufklärung über den Hokuspokus.)

Zwar wurden nach der Einnahme Tibets auch schon ChinesInnen in Tibet angesiedelt (vor allem waren das Armeeangehörige), aber massenhaft geschah das erst ab 1983 als Versuch, sowohl die geringe Bevölkerungsdichte für ChinesInnen aus anderen, viel dichter besiedelten Teilen des Landes zu nutzen als auch das Gebiet zu sinisieren: mehr China, weniger Tibet.

Während bis 1950 die Gesellschaft wesentlich bestimmt war von Leibeigenschaft und der Herrschaft der Mönche, wurde und ist die tibetische Gesellschaft inzwischen immer stärker auf Kapital-

trächtigkeit ausgerichtet. Aber beides bedeutet, dass die Bedürfnisse der Menschen lediglich als Nebenprodukt der herrschenden Produktionsweise vorkommen, statt Ziel der Produktion zu sein. Es hat sich seit der Einnahme des Gebiets durch die Volksbefreiungsarmee und – später – seit der Einstimmung Chinas auf den Weltmarkt durchaus etwas geändert für die Leute in Tibet. Sie gelten jetzt als Subjekte, die sich der kapitalistischen Entwicklung Chinas dienstbar machen sollen. Und genau dieses Dienstbarmachen ist das Problem, welches die wenigsten Tibet-UnterstützerInnen für kritikwürdig halten – und wenn doch, dann in anti-moderner Abwehr einer empfundenen Bedrohung durch China.

Der Dalai Lama und seine Forderungen

Die Verklärung der Verhältnisse schließt auch seine (exilierten) RepräsentantInnen mit ein. Das trifft insbesondere auf den aktuellen Dalai Lama und seine Taten als inzwischen nur noch ideeller Staatsführer zu: Gesehen wird er als ruhiger, höchst engagierter Zeitgenosse in Führungsposition, dem mit der Unterdrückung seines „Volkes“ so viel Leid angetan wurde und der doch immer friedlich bleibt und lächelt. Aber China lässt ihm keine Chance. Dabei ist doch, was er will, höchst bescheiden: lediglich politische und kulturelle Autonomie für Tibet. Dass diese Autonomie mit dem Abzug der in Tibet stationierten chinesischen Armee-Angehörigen verbunden sein soll (und sich damit gar nicht so sehr von Forderungen anderer tibetischer Gruppen nach einem eigenen Staat unterscheidet) und dass der Dalai Lama nicht müde wird zu betonen, Tibet gehöre den TibeterInnen, deutet auf eine Autonomie hin, die die chinesische Macht über das Gebiet gehörig anzweifelt. Aber inzwischen geht es ihm nicht mehr um eine Wiedereinführung der klerikalen Herrschaft auf Lebenszeit, er schlägt vielmehr die demokratische Herrschaftsform für sein Projekt Tibet vor. Um zu zeigen, wie ernst er es meint mit der Demokratie, werden die Abgeordneten des Exilparlaments größtenteils gewählt und nur ein kümmerlicher Rest vom Dalai Lama bestimmt. (Zwecks buddhistischer Machtteilung werden einige Parlamentsmitglieder von fünf verschiedenen religiösen Orientierungen delegiert). Der Dalai Lama selbst ist eine Inkarnation – und da so eine Einrichtung nicht gewählt werden kann, ist er frei von und steht er über dieser Konkurrenz um die Exilherrschaft.[7]

Dass er sich bei seiner Koalitionsbildung und Suche nach UnterstützerInnen[8] auch mal verkalkuliert, dürfte ihn nicht von anderen Staatsmännern und -frauen unterscheiden: Indische Atomtests befürwortete er, wohl um sich das Wohlwollen der indischen Regierung zu sichern, möglicherweise aber auch in der Erwägung, damit würde China als Atommacht relativ unwichtiger. Setzte sich die Vision des Dalai Lamas durch, hätte man vermutlich einen eingeschränkt demokratischen Staat, mehr oder weniger Teil eines ebensolchen Chinas, in dem der Kapitalismus[9] ähnlich wie jetzt wütete – unter geringerer Bevorzugung der zugereisten ChinesInnen. Das alles ist eine wenig attraktive Aussicht. Der Buddhismus taucht in der europäisch-nordamerikanischen Rezeption wiederum nur auf als friedliebende Religion, die den Menschen aus ihrem Elend helfen will – und eben nicht als Ideologie mitsamt eines Herrschaftsapparates, den die Mönche und Lamas wie andere ReligionsvertreterInnen auch auf die Beine gestellt haben und mit der sie sich und die Leute verwalten. Als die Klöster noch die Mittel zu einer eigenständigen Politik hatten, ging es mindestens so brutal zu wie unter chinesischer Besatzung. Dass die meisten hiesigen Tibet-UnterstützerInnen China selbst nach Bildungskampagnen und Gesundheitsoffensiven nur in der Rolle des Bösewichtes sehen, lässt Zweifel darüber aufkommen, was die KritikerInnen genau im Visier haben. Und zwar weil eben jene KritikerInnen sonst so begeistert sind von noch jeder sozialstaatlichen (Zwangs)Maßnahme zum Fithalten und -machen von ArbeiterInnen.

An den Verhältnissen in Tibet gibt es viel zu kritisieren, sowohl unter chinesischer als auch unter tibetischer Herrschaft. Ebenso wie an den Zuständen in Westsibirien, Uganda oder Deutschland. Warum erhalten die TibeterInnen so viel Aufmerksamkeit? Und warum wird Kritik nur laut an ganz bestimmten Verhältnissen in der Gegend: in aller Regel an denen, für die China wahrhaftig oder fälschlicherweise verantwortlich gemacht wird? Der Anlass der aktuellen Debatte verrät einiges darüber: Ein Aufstand in Lhasa anlässlich des Fackellaufs für die Olympischen Sommerspiele, die China dieses



Jahr ausgetragen hat. (Was so politisch an Olympischen Spielen sein soll und worum es dabei geht, steht in unserem Text „Sport und Spiel und Staatenkonkurrenz“.)

Olympia: offene Flanke Chinas

Gerade weil der Staatenwettbewerb auch im Sport ausgetragen wird und Sport keine friedliche Pause vom „bösen“ politischen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampf bedeutet, ist der Westen froh, wenn er Material geliefert kriegt, um die Eindarstellung Chinas entlarven zu können. Der interessierte Rest der Welt nimmt sich also den Fall Tibet vor und bezweifelt, dass China sich zurecht und zweckgemäß zuständig erklärt für die Menschen in den hohen Bergen, stellt also die Hoheit über seine – hier: tibetischen – EinwohnerInnen in Frage. Deutschland, Europa und die USA können damit selber auf die Agenda setzen, was sie anlässlich der Spiele diskutiert wissen wollen und zwingen China so zu einer (mindestens verbalen) Unterordnung unter eben diese Agenda.

TransatlantikerInnen vs. neue deutsche Außenpolitik

Wie diese Konfrontation abläuft, sieht man gut an einem innerdeutschen Streit über die Behandlung Chinas: Als Staat, der immer erfolgreicher in der weltweiten Konkurrenz auftritt, ist China für Deutschland Handels- und politischer Partner. Als einer der mächtigsten Kontrahenten gefährdet es aber gleichzeitig Deutschlands Stellung in der Welt – etwa durch die Gefahr, Deutschland als Exportweltmeister dauerhaft abzulösen. Dieser Gegensatz hat auf deutscher Seite zwei Positionen hervorgebracht, die darum streiten, wie mit China am besten zu verfahren sei: Außenminister Steinmeier (SPD) will sich durch Kooperation mit China alle Türen offen halten, mit dem Land als möglichem Koalitionspartner auch gegen den Hauptkonkurrenten USA zu arbeiten, und tritt so verhältnismäßig milde gegenüber Beijing auf. Das setzt die Politik des Ex-Kanzlers Schröder fort, der Themen wie Tibet und Menschenrechte gegenüber China ebenfalls ziemlich tief hing. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) hingegen setzt auf ein gutes Verhältnis zu den USA und steht China kritischer gegenüber. Der überhaupt erste Empfang des Dalai Lamas im Kanzleramt letztes Jahr

war genauso ein Tritt vor das chinesische Schienbein: Der Schulterchluss der Kanzlerin mit einem der Erzfeinde Chinas verwendete die Menschenrechte ganz zweckgemäß als Einmischungstitel eben gegen China. Das war Merkel dieses Jahr dann doch zu heikel – aufgrund des hohen Stellenwerts der Olympischen Spiele würde die erboste Reaktion aus Beijing auf einen weiteren offiziellen Besuch des Dalai Lamas vermutlich noch stärker ausfallen als letztes Jahr. Alle Einschränkungen in den Beziehungen von Seiten Chinas wurden gerade erst wieder aufgehoben.

Aber auch ohne offizielles Mittagessen war der nächste Anlass für viel westliche Kritik an China bald gefunden. Den bot die chinesische Bekämpfung der Mönche, die im März 2008 in Lhasa (der Provinzhauptstadt des Autonomen Gebiets Tibet) demonstrierten. Die Berichterstattung in Europa ignorierte weitestgehend die Gefechte, die sich die Mönche mit den anrückenden chinesischen Einheiten lieferten. Genauso wie die Angriffe der Mönche auf Geschäfte von meist irgendwann in den letzten 25 Jahren zugereisten nicht-tibetischen ChinesInnen, die sie teils einschließlich der LadenbesitzerInnen anzündeten. Die Aufständischen selbst wollten die exponierte Lage Chinas vor den Spielen nutzen, um mehr Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu erlangen. Der Fackellauf des Olympischen Feuers wurde daraufhin von tausenden DemonstrantInnen von Paris über San Francisco bis Melbourne gestört, um auf die „schlechte Lage des tibetischen Volkes“ aufmerksam zu machen und gegen die chinesische Tibet-Politik zu demonstrieren. Die westliche Öffentlichkeit sprach wenig darüber, was die Mönche genau forderten – und was China tatsächlich verbrochen hat: Fest stand, die Sache der TibeterInnen ist irgendwie gerecht und die ChinesInnen sind die bösen, unterdrückenden und kaltblütig kalkulierenden ImperialistInnen. Damit fungieren Tibet-FreundInnen – gewollt oder nicht – als ideologische Schützenhilfe für die nationale Frontstellung gegen China.

Deutsches Interesse: China kritisieren, aber in Maßen

Diese Sichtweise passt perfekt zum Versuch Deutschlands, Europas und in diesem Fall der USA, dem Konkurrenten nachzuweisen, dass er sich nicht an die Spielregeln hält, wenn er an Macht gewinnt: Zur Infragestellung der chinesi-

schon Position durch westliche Regierungen klatscht die Öffentlichkeit in New York, Berlin und London Beifall und fällt per Demonstration oder Zeitungskommentar über den unliebsamen, weil zu erfolgreichen Konkurrenten her. So bleibt kaum Platz für Kritik an Tibet oder am Dalai Lama – und gibt es große Enttäuschung, wenn die deutsche Regierung nicht mehr aus dem Fall Tibet macht und ihn nicht stärker gegen China einsetzt: Falsche Rücksichtnahme auf die heimische Wirtschaft zuungunsten von Menschenrechten wird ihr da schon mal vorgeworfen – und dabei ganz übersehen, dass die Regierung sich nur darüber streitet, wie die deutsche Wirtschaft gegenüber der chinesischen am besten in Stellung gebracht werden kann und warum man deswegen auch mal kein Brimborium aus ein paar (bewaffneten) Mönchen macht.

Diese nationale Konkurrenzsituation wird nicht kritisiert, sondern von den meisten Tibet-UnterstützerInnen wie selbstverständlich vorausgesetzt. Noch dazu wird gerne Wert darauf gelegt diese „autochthonen Völker“ gesondert zu behandeln: Hier gäbe es etwas Natürliches zu retten und zu beschützen, die Moderne (hier in Form von Chinas Wirtschaft und Politik) möge Einhalt gebieten und nicht die Ursprünglichkeit erschlagen. Das verblüffende Ergebnis dieser indirekten Parteinahme für die eigene Herrschaft ist, dass gerade Leute, die sich sonst immer für staatlich gewährte (und damit jederzeit entziehbare) Rechte für Menschen und für diskriminierte Gruppen stark machen, hier einen anderen Maßstab anlegen und argumentieren, dass die „über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen“ erhalten bleiben müssten – egal, was das mit den Menschen vor Ort macht und wer an diesen Strukturen zerbricht.

Fußnoten

1. Dabei weist der „Völkermord“ durchaus eine besonders unangenehme Eigenschaft auf: Eine Religion z.B. kann man meistens noch wechseln, wenn die Zugehörigkeit zu ihr der Grund für eine Bedrohung ist. Nicht so bei der „Volkszugehörigkeit“. Will man diesen Umstand beschreiben, ist allerdings der rassistische Massenmord die richtige Bezeichnung.
2. Zur Kritik der Religion im Allgemeinen: [1]
3. Der heutige, 14. Dalai Lama übte zu Beginn des Einmarsches „nur“ die reli-

giöse Herrschaft aus. Aufgrund der prekären Situation wurde ihm dann auch die politische Macht übertragen (die er eigentlich erst 3 Jahre später anvertraut bekommen sollte).

4. Je nachdem, ob sich Indien gerade mehr von einem kooperativen oder mehr von einem konfrontativen Kurs gegenüber China, seinem Hauptkonkurrenten in Sachen Regionalmacht, verspricht, fallen die offiziellen Maßnahmen gegenüber den tibetischen ExilantInnen mal zurückhaltend, mal ausgesprochen unterstützend und explizit als Kritik an China formuliert aus.

5. Nur ein Teil des als ursprünglich verstandenen Tibets hat den Sonderstatus als Autonomes Gebiet innerhalb Chinas – der Rest ist aufgeteilt in chinesische Provinzen und untersteht nicht der Kontrolle der eingeschränkten tibetischen Herrschaft.

6. Zwar scheinen ChinesInnen dort bevorzugt behandelt zu werden, aber unter rein tibetischer Herrschaft war die Gesundheitsversorgung um sehr vieles schlechter.

7. So heißt die Exilregierung in vollem Wortlaut auch: „Central Tibetan Administration of His Holiness the Dalai Lama“. Exilparlament und -regierung sind formal für die Belange der ExiltibeterInnen zuständig, gewählt wird weltweit außerhalb Tibets (die bei weitem größte Exilgemeinde lebt in Indien). Dennoch wird in europäischen Parlamenten erwogen, diese Institution als Vertretung aller Tibeter anzuerkennen. De facto laufen alle Verhandlungen über den weiteren Status Tibets nicht über Lhasa, sondern werden mit dem Dalai Lama oder dessen VertreterInnen geführt (auch wenn er die Position des Premierministers abgegeben hat: die Macht liegt de facto bei ihm und so wird er auch vom Exilparlament genannt: weltlicher „Leader“.)

8. Der Protest gegen China animierte schon in den Fünfzigern einige Staaten, bei der Destabilisierung Chinas mitzumischen: Aufständische, bewaffnete TibeterInnen erhielten Unterstützung gegen die chinesische Besatzung von Seiten der CIA, später auch von der Bundesrepublik. Inzwischen läuft das US-Geld ganz offiziell über die ausschließlich staatlich finanzierte pseudo-NGO „National Endowment for Democracy“ ins indische Exil.

9. Das Recht auf Eigentum etwa hat schon Eingang in die vom Dalai Lama formulierten Prinzipien für eine tibetische Verfassung gefunden.

Anzeige

Gabriel Kuhn
»Neuer Anarchismus« in den USA
 Seattle und die Folgen

304 Seiten, 16,80 EUR [D]
 ISBN 978-3-89771-474-8



Niels Seibert
Vergessene Proteste
 Internationalismus und Antirassismus 1964-1983

224 Seiten, 13,80 EUR [D]
 ISBN 978-3-89771-032-0



Klaus Pedersen
Naturschutz und Profit
 Menschen zwischen Vertreibung und Naturzerstörung

140 Seiten, 13,80 EUR [D]
 ISBN 978-3-89771-476-2



Philipp Gerber
Das Aroma der Rebellion
 Zapatistischer Kaffee, indigener Aufstand und autonome Kooperativen in Chiapas, Mexiko

196 Seiten, 14 EUR [D]
 ISBN 978-3-89771-023-4



Critical Art Ensemble
Die molekulare Invasion
 Strategien gegen die Biotechnologie im globalisierten Kapitalismus

160 Seiten, 14 EUR [D]
 ISBN 3-89771-445-0



Vandana Shiva
Biopiraterie
 Kolonialismus des 21. Jahrhunderts

156 Seiten, 14 EUR [D]
 ISBN 3-89771-416-7

die wichtigen dinge können wir nicht der regierung überlassen!

UNRAST Verlag
 Postfach 8020 • 48043 Münster
 Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
 Besucht uns: www.unrast-verlag.de

